

Wer für den Konsum arbeitet, ist selbst schuld

Denn er zahlt die meisten Steuern

Von Walter K. Eichelburg Datum: 2009-08-03

Von Zeit zu Zeit erscheinen Artikel in den Medien, wie lange man im Jahr für den Staat und dessen Steuern arbeitet und ab wann für sich selbst. Was die meisten Leute nicht verstehen, ist dass das Steuersystem total ungünstig für Arbeitnehmer, die ihr ganzes Einkommen verkonsumieren, ausgelegt ist. Denn dort kann die Politik noch relativ leicht neue Steuern und Sozialabgaben holen, ohne dass es gemerkt wird. Dieser Artikel zeigt, warum das so ist, und was dagegen getan werden kann.

Hinweis

Dieser Artikel geht stark auf Steuerthemen ein. Er ist keinesfalls als Steuerberatung zu sehen. Es werden nur die Grundzüge gezeigt. Für detaillierte Informationen vor jeglicher Aktion wenden Sie sich bitte an einen lizensierten Steuerberater Ihres Landes. Es werden auch nur die Zustände in den Hoch-Steuerländern Österreich und Deutschland geschildert. Die Schweiz gehört glücklicherweise (noch) nicht dazu, Falls etwas nicht stimmt, bitte um eine Mail.

Vorwort

Die Zeit des Konsumzeitalters, besonders auf Kredit geht in dieser Depression gerade zu Ende. In Deutschland oder Österreich merken die Konsumenten noch nichts von der Krise, oder sie wollen nichts merken, weil die Krise von der Politik weggeredet wird. In der Tat merken alle, die vom Staat leben und das sind 50%, bisher noch nichts davon. Aber ein Blick nach Lettland zeigt, was passiert, wenn auch der Staat massiv sparen muss. Auf der anderen Seite des Atlantiks, in den USA scheint Konsum auf Kredit inzwischen aus der Mode gekommen zu sein, man spart wieder kräftig.



Die Zeiten des Prestige-Konsums gehen ohnehin zu Ende. Spätestens mit dem Crash von Dollar und Euro wird es gar keine Konsumkredite mehr geben und der Import von bisher billigen Konsumgütern aus Asien wird unmöglich oder extrem teuer. Fast alle werden sich dann um das Überleben kümmern müssen. Nur eine kleine Minderheit, die entsprechend vorgesorgt hat, oder heute extrem reich ist, wird sich dann heutigen Luxus noch leisten können.

Weiters wird es sehr gefährlich sein, Luxus herzuzeigen. Man macht sich zum Ziel für Kriminelle. Daher weg mit der Prestige-Villa und dem Prestige-Auto. Nach Aussen sollte man Bescheidenheit zeigen. Aber man kann ruhig Einiges in Firmen oder sonstwo versteckt haben.

Eigentlich hätte die hohe Besteuerung von Konsum diesem den Garaus machen müssen. Aber die Leute sind so auf Konsum trainiert, dass sie nicht anders können, als 70% ihres Einkommens dabei dem Staat in den Rachen zu werfen. Das ist das eigentliche Thema dieses Artikels.

Realisiertes und nicht realisiertes Einkommen

Dieser Artikel ist ein weiterer von mir in dieser Serie: "Ein perfides System", "Durchschnittsverdiener", "Investments"

Besonders der Artikel "Investments" zeigt, dass dem etwas besser verdienenden Angstellten in Deutschland oder Österreich Sozialabgaben und eine Steuerlast von ca. 70% zugemutet wird, falls er sein Einkommen für Konsum voll ausgibt. Wenn er auf Kredit kauft, kann sich die Steuerlast wegen der Zinsen auf 90% erhöhen.

Da erschien doch dieser Tage ein Artikel in der österreichischen Presse darüber, wie lange man für den Staat arbeiten muss, bis man im Laufe eines Jahres selbst verdient: "Schuften" für den starken Staat":

Wer 4000 Euro brutto im Monat (14-mal im Jahr) verdient, arbeitet heuer zwar um fünf Tage weniger für den Staat als im vergangenen Jahr, hat aber immer noch zwei harte Wochen vor sich: Erst ab 14. August geht das Geld in die eigene Tasche. Das bedeutet, dass diese Einkommensgruppe 155 Werktage lang arbeitet, um alle Steuern und Sozialabgaben an den Staat bezahlen zu können. Nur an 96 Tagen steht das erzielte Einkommen zur freien Verfügung.

Der Artikel enthält auch eine schöne Tabelle, die zeigt, wer wie lange für den Staat arbeitet. Interessannterweise ist es bei mittleren Bruttoeinkommen um €4000/mo wegen der 40% Sozialversicherungsbeiträge am längsten. Bei höheren Einkommen sind diese gedeckelt.

In Deutschland ist es übrigens gleich, wie dieser Artikel in der Welt zeigt: "Der staatliche Raubzug gegen die Mittelschicht":

Der Staat holt sich seinen ungebremst steigenden Finanzbedarf dort, wo etwas zu holen ist. Und das ist nicht bei den Geringverdienern und auch nicht bei den Großverdienern. Zahlmeister der Nation ist eine ständig sinkende Zahl von mittleren Einkommensempfängern, zumeist im Angestelltenverhältnis.



Dieser FTD-Artikel zeigt einige Details: "<u>Hohe Steuerlast für niedrige</u> Einkommen":

So fallen in Deutschland bei einem Alleinstehenden mit einem Jahresgehalt von rund 63.000 Euro mit 53,7 Prozent die höchsten Abzüge durch Steuern und Sozialbeiträge an. Bei 110.000 Euro Jahresgehalt müssen dagegen nur noch 50 Prozent der Arbeitskosten, die sich aus dem Bruttoverdienst und den Sozialbeiträgen der Arbeitgeber zusammensetzen, an Sozialkassen und Staat abgeführt werden.

Der Grund sind wieder einmal die gedeckelten Sozialabgaben, die in Deutschland noch höher als in Österreich sind.

Hier ist übrigens eine Übersicht über alle Steuersätze in Europa: <u>Einkommens- und</u> Körperschaftssteuern in Europa

Eines fällt auf: die Körperschaftssteuer ist meist eine Flat Rate und nur halb so hoch wie die persönliche Einkommens-/Lohnsteuer, die meist progressiv ist.

Warum zahlen die mittleren Arbeitnehmer so viel?

Der oben genannte Presse-Artikel zeigt es:

Laut Studienautor Florian Schwillinsky ist vielen Bürgern überhaupt nicht klar, wie viel Steuern und Abgaben sie tatsächlich abführen. Das wiederum liege vor allem daran, dass die meisten Arbeitnehmer ausschließlich daran interessiert seien, wie viel Geld der Arbeitgeber monatlich überweist. Das gebe dem Staat jede Menge Spielraum, die Lohnnebenkosten zu erhöhen, so Schwillinsky. Um die wahre Belastung deutlich zu machen, hat Schwillinsky deshalb auch die von den Arbeitgebern abgeführten Lohnnebenkosten berücksichtigt. Diese Abgaben müssten schließlich auch von den Arbeitnehmern erwirtschaftet werden. Hinzu kämen klassische Steuern – wie Lohn-, Mehrwert- und Gütersteuer.

Die Leute schauen nur auf ihr Nettoeinkommen, das sie meist gleich ausgeben. Nur 20% haben signifikante Ersparnisse oder Vermögen. Die Masse denkt nur an Konsum – wie viel kann ich mir dieses Monat noch leisten – der "monthly payment consumer".

Die Steuern, egal ob Arbeits- oder Konsumsteuern liefern IMMER Firmen ab. Anders wäre es auch kaum zu administrieren und würde zu viel Steuer-Widerstand hervorrufen. Für die Firmen sind das einfach Durchlaufposten. Besonders bei der Mehrwertsteuer kommt das Geld bei der Kasse herein und geht mit der Steuerüberweisung wieder hinaus. Man kalkuliert immer mit den Nettopreisen. Firmen können auch bei Investitionen die Mehrwertsteuer sofort abziehen. Abgesehen vom Buchhaltungsaufwand berührt sie diese Steuer eigentlich nicht. Es zahlt sie immer der Konsument.

Nur eigene Steuern (Körperschaftssteuer, Einkommenssteuer, in Deutschland Gewerbesteuer) muss die Firma selbst bezahlen. Real gehen diese Steuern auch in die Preise ein.

Warum ist die Körperschaftssteuer niedriger als die Lohnsteuer?

Kapitalgesellschaften bezahlen eine Körperschaftssteuer (Köst), keine Einkommenssteuer. In den letzten Jahrzehnten sind die Köst-Sätze immer weiter gesunken (Österreich 25%, Deutschland 15% - mit Gewerbesteuer etwa 28%). Dahinter stehen natürlich die grossen Konzerne und Firmenlobbies.



Die drohen sonst mit der Abwanderungen, was Arbeitsplätze vernichtet – ein Schreckgespenst für Politiker. Kaum eine Firma bezahlt diese Nominalsätze, da vieles vorher abgesetzt werden kann.

Der wahre Hintergrund ist, dass besonders börsennotierte Konzerne Gewinne ausweisen müssen, damit deren Aktien gekauft werden. Eine hohe Köst stört hier massiv.

Ein weiterer Hintergrund ist natürlich, dass viele Firmen nicht ihre ganzen Gewinne ausschütten, sondern oft einen Grossteil für Investitionen und Firmenkäufe einbehalten). Sie thesaurieren also ihre Gewinne – zu einem niedrigen Steuersatz.

Falls ausgeschüttet wird, fallen dann noch einmal 25% Steuer an (Österreich Kapitalertragssteuer – Kest, Deutschland Abgeltungssteuer auf Dividenden, Sonderregelung bei GmbHs). Die Gesamt-Steuerbelastung liegt also bei ca. 44%. Natürlich fallen darauf keine Sozialabgaben an.

Wenn etwa eine mittlere Firma €500'000 Gewinn macht, sind darauf vielleicht 20% Köst zu zahlen. Wenn davon €100'000 ausgeschüttet wird (reicht für ein komfortables Leben, da etwa auch das Auto auf die Firma läuft), sind davon etwa noch einmal 25% zu zahlen. Die Gesamt-Steuerbelastung dürfte dann bei 25% liegen. Hier sieht man, dieses System begünstigt die Nichtausschüttung – da nur ein kleiner Teil für den Konsum als persönliches Einkommen "realisiert" werden muss.

Unternehmer werden generell versuchen, möglichst viele gekaufte Produkte und Dienstleistungen auf die Firma zu verrechnen – dann kosten sie etwa 40% von dem, was Konsumenten bezahlen. Viele sind "Dual Use", können sowohl privat als auch für die Firma genutzt werden. Der Griff etwa nach den Restaurantrechnungen ist legendär.

Welche Arbeits-Steuern fallen an:

Der wesentliche Unterschied zu Arbeitnehmern und (nicht bilanzierenden) Einzelfirmen liegt darin, dass bei diesen das gesamte Einkommen herausgenommen = realisiert werden muss.

Zuerst haben wir einmal die Sozialabgaben (Krankenversicherung, Rente/Pension, etc.). Diese sind je nach Land von der Steuer absetzbar oder nicht. In Österreich gibt es 2 Sätze: 40% für Arbeitnehmer, 25% für Unternehmer (absetzbar). In Deutschland sind diese noch höher (etwa bei 45%), tw. absetzbar. Zusätzlich sind in Deutschland Unternehmer von den Rentenbeiträgen befreit – ein Riesenvorteil.

Dann kommt die Lohnsteuer bzw. Einkommenssteuer (bis 50% - Österreich), in Deutschland auch noch dieser hässliche "Solidarzuschlag" und für alle jene, die unbedingt noch mehr Steuern zahlen wollen – die Kirchensteuer, die gleich mit abgezogen wird.

Also, wer arbeitet, zahlt doppelt: Sozialabgaben und Steuern. Nur die untersten Einkommensschichten zahlen kaum Lohnsteuer, aber die vollen Sozialbeiträge.

Welche Konsumsteuern fallen an:

Hier gibt es auch einen ganzen Rattenschwanz. Da ist einmal die Mehrwertsteuer, dann Sondersteuern auf Alkohol, Tabak, Treibstoffe, Autos (Österreich).

Die Mehrwertsteuer ist nur von Konsumenten zu bezahlen, die anderen Steuern teilweise auch von Firmen. Der Konsument ist auch hier primär belastet.

"Grundbedürfnisse" haben meist einen geringeren Mwst-Satz, "gehobene Bedürfnisse" zahlen fast immer den hohen Satz von 19% (DE) oder 20% (AT).

Wer konsumiert (ausser Lebensmittel) zahlt also als Arbeitnehmer daher meist um die 70% Steuern. Wer auf Kredit konsumiert (auch Wohn-Immobilien – ist real Konsum) zahlt wegen der Zinsen, für deren Erarbeitung noch mehr Steuern.

Das ist auch bei Unternehmern nicht viel anders – soferne sie viel Einkommen realisieren und verkonsumieren – aber sie haben die Wahl. Das Ziel ist also, möglichst wenig Einkommen realisieren zu müssen. Eine US-Investmentregel sagt, man sollte pro Jahr nicht mehr als 6% vom Vermögen als zu versteuerndes Einkommen realisieren müssen. Das schafft maximal 1%, da mindestens eine Million dafür erforderlich ist. Aber es zeigt, wohin der Steuer-Hase läuft – zu denen, die heute schon viel besitzen. Wegen der hohen Erwerbssteuern ist es daher sehr schwierig, Vermögen aufzubauen.

Wer macht die Steuergesetze für wen?

Primär werden Steuergesetze gemacht, um den Staatsapparat zu erhalten, bzw. dessen Macht auszudehnen. Daher werden immer neue Aufgaben oder soziale Wohltaten erfunden, denn diese brauchen alle Verwaltung. In jeder Bürokratie (egal ob privat oder staatlich) ist ein Chef umso "wichtiger", je mehr Untergebenne er hat. Akademiker zählen dabei doppelt (mehr Prestige für den



Chef). Daher wird sich jede Bürokratie immer mehr ausbreiten, solange es Geld dafür gibt. Erst ein Totaleinbruch der Steuern (wie jetzt) plus eine Unmöglichkeit, sich am Kapitalmarkt zu verschulden, kann das stoppen.

Daneben gibt es auch die verschiedensten Lobbyisten. So wurde etwa in Österreich die Erbschaftssteuer abgeschafft und in Deutschland modifiziert – warum wohl? Weil es in den höheren Kreisen derzeit viel zu vererben gibt. Ausserdem kann eine grosszügige Spende für die Website des Finanzministers schon einmal die Körperschaftssteuer signifikant senken.

Also kommt raus:

- Steuern auf Investments 25% (in Österreich sogar 0% auf Kursgewinne nach 1 Jahr)
- Steuern auf Firmengewinne: real um die 20%
- Steuern auf Arbeitnehmer-Einkommen: 50% oder mehr
- Steuern auf Konsum: 19% oder mehr

Man sollte nicht unbedingt annehmen, dass Finanzminister in Wirklichkeit so brutal gegen ihre Steuerzahler vorgehen, wie etwa der Peer-Wolf aus Deutschland damit droht. Dieses Buch "Schönreich - Steuern zahlen die anderen" zeigt, dass in seinem Kavalleriefort (Finanzverwaltung) das reine

Chaos herrscht. Da gibt es schon "Durchwinkwochen", wo Steuererklärungen, ohne sie zu überprüfen, durchgelassen werden, weil man sonst mit der Arbeit nicht nachkommt. Falls die Steuerfahnder allzu forsch gegen die Oberschicht vorgehen, können sie sich ausserhalb des Finanzamtes wiederfinden – jetzt als Steuerberater.

Übrigens, Angestellte können da praktisch nichts machen, Firmen umsomehr. Deren Bilanzen und Steuerfälle sind oft so kompliziert, dass die Steuerprüfer, wenn sie überhaupt kommen, einfach nicht durchblicken.



Ideal ist es, vom Vermögenszuwachs 0% Steuern zahlen zu müssen. Das ist etwa möglich bei Immobilien nach einer Spekulationsfrist von 10 Jahren. Oder bei Aktien in Österreich nach einem Jahr. Auf physische Edelmetalle zahlt man sowohl in Österreich, wie in Deutschland nach einem Jahr keine Steuer – ein Idealfall.

Die österreichischen Stiftungen sind nur etwas für Multimillionäre und sehr unflexibel. Falls die Linken doch zuschlagen, dann werden sie sicher dort an die "Millionärsvermögen" gehen.

Die "Steuerparadiese" werden auf Druck des Peer-Wolfs aus Deutschland angeblich ausgetrocknet. Nach dem 27. September 2009 hat sich dieses Problem wegen seiner Wahlniederlage vermutlich von selbst gelöst. Steuerparadiese sind ohnehin eigentlich nur etwas für Millionäre. Besser das "eigene Steuerparadies" benützen und sein Vermögen so strukturieren, dass ihm die Steuer wenig anhaben kann. Auf die "Inflations-Steuer" nicht vergessen – die kommt sicher!

Lösungen

Dieses Kapitel zeigt verschiedene Lösungen, um den Steuerdruck zumindest etwas zu reduzieren. Ein Steuerberater kann bei den Details helfen. Aber die grossen Grundzüge des Steuersystems und des Gesellschaftsrechts sollte jeder selbst kennen. Ist übrigens "Pflicht" für einen "Sophisticated Investor".

1. Sich vom Staat finanzieren lassen:

Diese Lösung ist zwar gesellschaftlich, zumindest weiter oben verpönt, aber immer mehr tun es. In Deutschland zeigen etwa die 7 Millionen Hartz-IV Empfänger, dass dieser Weg beliebt ist. In Österreich ist die Frühpension sehr beliebt. Kein Politiker wagt sie abzuschaffen.



Man kann ja daneben noch schwarz arbeiten. Nachdem besonders Leistungen wie Sozialhilfe oder Hartz-IV "bedarfsorientiert" sind, braucht man nur genügend "Bedarf", also etwa viele Kinder und schon steigt die staatliche Zuwendung auf Höhen, wie sie ein Arbeiter im unteren Bereich nie ehrlich verdienen kann. Ok, etwas Bürokratie muss man schon aushalten. Das "Vermögen" trägt man natürlich nicht auf die Bank.

Diese Art des Lebensunterhalts wird mit dem Staatsbankrott schwierig werden – siehe Lettland.

2. Weiter bray zahlen wie bisher:

Die meisten Arbeitnehmer klammern sich jetzt aus Job-Angst noch fester an ihre oft sinkenden Firmen-Schiffe. Da sind sie selbstverständlich auch zu Gehaltsreduktionen bereit.

Diese Leute werden in den nächsten Jahren, falls sie ihren Job halten können oder nach Verlust des Alten einen Neuen finden, in eine Doppelpresse kommen:

- a) Die Ausbeuter-Firmen werden sich rasend vermehren. Die Leute werden in ihrer Angst jeden, noch so miesen und mies bezahlten Job annehmen siehe Postdienste
- b) Der Staat greift auch zu wo er immer schon zugegriffen hat.
 So ist etwa in Deutschland eine Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 25% im Gespräch nach der Wahl. Ungarn hat es schon vorgemacht. Dort, wo die grossen Summen bei wenig Widerstand zu holen sind.

Selbst schuld, wer sich doppelt auspressen lässt. Daher, der Investor sucht die Freiheit, der Arbeitssklave sucht die "Sicherheit", auch wenn diese nur vorgespielt ist. Er lässt sich dafür noch mehr versklaven. Das wird die Masse tun.

3. Weniger arbeiten:

Wer nicht so viel Einkommen braucht, kann auch zeitlich weniger arbeiten. Mit einer "Karriere" ist das natürlich nicht vereinbar. Schon sinkt die Steuer drastisch, nicht aber die Sozialversicherung. Die gewonnene Zeit kann man natürlich in die Investments stecken, damit diese besser performen – dafür zahlt man max. 25% Steuer.

4. Firma gründen:

Generell ist es in Zeiten wie diesen besser, mehr als einen Kunden zu haben. Arbeitnehmer haben nur einen Kunden – ihren Arbeitgeber. Wenn ein Kunde ausfällt, dann ist schlimm, wenn man nur einen hat – aber nicht so schlimm, wenn man viele hat. Also, weg mit der Abhängigkeit. Man sollte möglichst mehrere, oder viele Kunden haben.

Falls Arbeitnehmer "umstellen" wollen, können sie sich gegebenfalls noch eine schöne Abfindung/ Abfertigung holen. Allerdings muss gesagt werden, dass die meisten Firmen es nicht akzeptieren, falls ihre bisherigen Angestellten jetzt als Freelancer für sie arbeiten möchten. Angestellte Bosse können das nicht verstehen, da für sie selbst Bindung und Jobsicherheit das Wichtigste ist. Bei Unternehmern sollte es einfacher sein – denn diese brauchen jetzt nur mehr pro Monat eine Rechnung bezahlen und nicht mehr einen Rattenschwanz an verschiedenen Abgaben, für die sie auch noch haften. Ich selbst arbeite nur mit externen Dienstleistern gegen Rechnung.

Das Wichtigste ist jetzt, die Sozialabgaben wegzubekommen oder zumindest zu reduzieren. Denn das was heute in das Renten/Pensionssystem eingezahlt wird, kommt nicht mehr heraus.



Generell gibt es die Möglichkeit der Einzelfirma oder die der Kapitalgesellschaft. Speziell in Deutschland ist es interessant, dass Unternehmer nicht rentenversicherungs-pflichtig sind. In Österreich ist das leider nicht so, aber die Beiträge sind geringer als bei Angestellten.

Eine Kapitalgesellschaft braucht etwas Kapital (Österreich-GmbH, €35000, real €17500, Deutschland-GmbH €25000, UG €1) und kostet etwas bei der Gründung. Ausserdem hat man weniger Flexibilität, da das Geld da drinnen nicht einem selbst

gehört, sondern dieser juristischen Person. Von der Limited rate ich übrigens ab. Das GmbH-Mindestkapital reicht eigentlich nur für eine 1-Personen-Firma. Aber selbst dieses aufzubringen ist für viele Leute schon ein Problem.

Der grosse Vorteil der Kapitalgesellschaft neben der limitierten Haftung ist, dass man Geld da drinnen thesaurieren kann, also nicht ausschüttet – so wie es die Grossen machen und dabei nur den Köst-Satz bezahlt. Bilanz-Kenntnisse sind natürlich schon erforderlich, aber da hilft der Steuerberater.

Man kann sich, wenn man will, zu einem geringen Gehalt bei der eigenen Firma "anstellen" (DE). Dann zahlt man zwar Sozialbeiträge, aber eine geringere Summe. Mit hohem Konsum passt das aber nicht zusammen. Vieles an Ausgaben kann man aber in die Firma verlagern.

Für die meisten bisherigen Angestellten ist es grauslich, jetzt über kein fixes Einkommen mehr zu verfügen, sondern vom Markt abhängig zu sein. Aber das muss man überwinden.

5. Multi-Company Strategie:

Mit mehreren Firmen gleichzeitig kann man noch mehr machen, etwa die Steuervorteile der verschiedenen Gesellschaftsformen ausnützen. So gibt es in Österreich und Deutschland auch ein "Schachtelprivileg", wo Verluste der einen Firma gegen die Gewinne einer anderen Firma im Verbund verrechnet werden können. Aber das ist das Gebiet der Spezialisten.

In Österreich ist es noch aus einem anderen Grund interessant. Der Gesellschafter-Geschäftsführer-Bezug einer GmbH unterliegt den 9% Lohnnebenkosten (zusätzlich zu den 25% Sozialversicherung), da das Finanzamt das als regelmässiges Einkommen ansieht. Dieser Bezug kann auch nicht willkürlich geändert werden, da er als "Gehalt" gesehen wird. Bei einer Einzelfirma gilt das nicht, da hier das "unternehmerische Risiko" voll spürbar ist. So das Urteil der gehaltsempfangenden Bürokraten.

Mit einer Kombination mehrerer Firmen kann man natürlich auch das umgehen. Mein Steuerberater hat mir erzählt, dass fast alle Gesellschafter-Geschäftsführer diese 9% bezahlen, da sie ein "regelmässiges Einkommen" brauchen – vermutlich für ihre Hypotheken – für die "Chef-Villa". Ein Lachanfall meinerseits war die Folge. Hier rentiert es sich wirklich, ein Investor zu sein und die verschiedenen Gesellschaftsformen abwägen zu können. Ein Investor bekommt auch nur einmal im Jahr Dividenden oder Zinsen, auf Wertsteigerungen wartet er Jahre. Also weg mit der monatlichen "Gehalts-Denke".

Schlussfolgerungen

Die Steuergesetze sind zwar für alle "gleich", aber je nach Einkommensart unterschiedlich anzuwenden. Daher zahlen diejenigen, die viel verdienen und alles ausgeben, die höchsten Steuern, denn diese sind auf Arbeitseinkommen (realisiertes Einkommen) und Konsum besonders hoch.

Wer alles Einkommen wirklich zum Leben braucht und daher realisieren muss, ist natürlich arm dran. Aber viele Leser brauchen sicher nicht alles. Es soll sogar Fälle geben, wo sich Leute Teile ihres Einkommens auf eine Stiftung nach Liechtenstein oder den Cayman Islands überweisen lassen.

In absehbarer Zeit, besonders wenn der Staatsbankrott naht, wird das Geld für die diversen Konjunktur- und Rettungspakete wieder eingesammelt werden. Man braucht nur einmal zu raten wo: genau dort, wo man bisher schon den Löwenanteil der Steuern eingesammelt hat. Bei den Schafen, die sich nicht auskennen und für die Jobsicherheit und Konsum wichtiger ist als alles Andere.

Die Top-Manager und Banker mit ihren Rieseneinkommen berühren diese Steuern übrigens recht wenig, denn sie müssen diese Steuern als Angestellte zwar zahlen, können aber (bis jetzt) ihre Einkommen nach Belieben festsetzen. Ausserdem brauchen sie meist alles für ihren Luxuskonsum.

Es wird auf die Dauer nicht möglich sein, von den Leistungsträgern 70% Steuern abzukassieren. Ein Steueraufstand wird kommen, vermutlich zusammen mit einer allgemeinen Revolution. Spätestens mit dem Staatsbankrott oder wenn die kommende Hyperinflation die Kaufkraft aller massiv dezimiert hat, wird es soweit sein. Für die Zwischenzeit sollte dieser Artikel einige Anregungen bieten.

Disclaimer:

Wir möchten feststellen, dass wir keine Finanzberater sind. Dieser Artikel ist daher als völlig unverbindliche Information anzusehen und keinerlei Anlage- oder sonstige Finanzierungsempfehlung – wie ein Zeitungsartikel. Wir verkaufen auch keine Finanzanlagen oder Kredite. Jegliche Haftung irgendwelcher Art für den Inhalt oder daraus abgeleiteter Aktionen der Leser wird ausdrücklich und vollständig ausgeschlossen. Das gilt auch für alle Links in diesem Artikel, für deren Inhalt ebenfalls jegliche Haftung ausgeschlossen wird. Bitte wenden Sie sich für rechtlich verbindliche Empfehlungen an einen lizensierten Finanzberater oder eine Bank.

© 2009 by Walter K. Eichelburg, Reproduktion/Publikation nur mit Zustimmung des Autors. Zitate aus diesem Artikel nur mit Angabe des Autors und der Quelle: www.hartgeld.com HTML-Links auf diesen Artikel benötigen keine Zustimmung.

Zum Autor:

Dipl. Ing. Walter K. Eichelburg ist über seine Hartgeld GmbH Betreiber der Finanz- und Goldwebsite www.hartgeld.com in Wien. Er beschäftigt sich seit mehreren Jahren intensiv mit Investment- und Geldfragen. Er ist Autor zahlreicher Artikel auf dem Finanz- und IT-Sektor. Er kann unter walter.eichelburg@hartgeld.com erreicht werden.